

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Mai 2017

05/2017

DIE LINKE. Brandenburg im Dialog

Politik konkret mit kompetenten Ansprechpartnern

Inzwischen gehört es zu den guten Traditionen linker Landespolitik, auf Regionalkonferenzen mit Aktiven vor Ort über die Auswirkungen politischer Entscheidungen zu beraten und Anregungen für neue Schwerpunkte mitzunehmen. Die diesjährige Regionalkonferenz für die Landkreise Prignitz und Ostprignitz-Ruppin fand am 4. Mai in Kyritz statt.

Nachdem linke Landtagsabgeordnete, Mitglieder des Landesvorstandes und Minister schon den ganzen Tag in der Region unterwegs waren, trafen sie sich am Abend in Bluhm's Hotel und Restaurant mit den Mitgliedern der beiden Kreisverbände sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern zur Diskussion über die Landespolitik.

Die Versammelten in dem gut gefüllten Saal hörten zunächst drei kurze Impulsreferate, die von den Ministern Diana Golze, Stefan Ludwig und Christian Görke gehalten wurden, bevor die Diskussion in drei Gesprächsrunden fortgeführt wurde, die in verschiedenen Räumen stattfanden.

Bei der ersten Runde waren Anke Schwarzenberg (MdL) und Kirsten Tackmann (MdB) die Gesprächspartnerinnen. Es ging um »Entwicklungsperspektiven im ländlichen Raum«. Im Mittelpunkt

standen neue Formen zur Sicherstellung der Mobilität und die Erfüllung des Versorgungsauftrages auch in abgelegenen Gegenden. Außerdem müsse es auch zu den kommunalpolitischen Aufgaben gehören, Bedingungen zu schaffen, die zum mitreden, mitmachen und mitentscheiden ermutigen.

Die zweite Gesprächsrunde, die von Isabell Vandr  (MdL) geleitet wurde, befasste sich mit dem Thema: »Inklusion an den Schulen«. Allen müsse klar sein, dass dafür technische und personelle Voraussetzungen zu schaffen sind. Zusätzliche Räume für Teilungsunterricht machen bauliche Maßnahmen erforderlich, die natürlich auch Geld kosten. Nachgedacht werden muss auch darüber, wie 1.000 neu zu schaffende Lehrerstellen besetzt werden können, wenn im Land Brandenburg nur 660 Studentinnen und Studenten das



Ministerin Diana Golze, Freke Over und Minister Christian Görke Foto: DIE LINKE

Lehramt studieren. Zudem braucht es in den Schulen Psychologen, Sozialarbeiter und Krankenschwestern.

Für die dritte Gesprächsrunde war kein Thema vorgegeben. Am »offenen Tisch«, der von Thomas Domres (MdL) moderiert wurde, ging es dann zunächst um die Personalsituation in der Justiz, die Verwaltungsstrukturreform und die Bezahlung der Beamten. Christian Görke versicherte, dass es keinen Abbau von Landesbehörden im Zusammenhang mit der Verwaltungsstrukturreform geben wird. Auch die mögliche Einschränkung

Fortsetzung auf Seite 5

Sozial. Gerecht. Für Alle - konkret!

Wir reden nicht nur von sozialer Gerechtigkeit - wir zeigen Alternativen

Am ersten April-Wochenende wurde im Parteivorstand der LINKEN der Entwurf der Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger für den Leitartikel zum Bundestagswahlprogramm diskutiert und verabschiedet. Hier das Wichtigste im Überblick:

Wir zeigen, dass wir konkrete, machbare und bezahlbare Alternativen haben, die Einstiege in eine für alle sozial gerechte Gesellschaft sind.

Und das ist dringend nötig: Unser Land

ist gespalten wie nie zuvor, Reichtum und Armut nehmen zu. Kinderarmut nimmt weiter zu. Der Mindestlohn reicht nicht, um für eine armutsfeste Rente vorzusorgen. Die Sorgen, ob die Miete noch bezahlbar ist und wie die Zukunft aussieht, nehmen für viele Menschen zu. Statt für gute Krankenhäuser, Schulen und Kitas plant die Regierung Milliardenausgaben für die Aufrüstung der Bundeswehr. Rechte Parteien wollen die Sorgen der Menschen gegen Schwächere wenden, sie

schren Rassismus und Nationalismus. DIE LINKE steht dagegen - mit einem Programm für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Sozial gerecht für alle - das ist DIE LINKE!

Es ist genug für alle da, wenn alle genug beisteuern

Wir wollen Vermögen ab der zweiten Million und hohe Erbschaften besteuern. Bei der Lohn- und Einkommensteuer wollen

Fortsetzung auf Seite 5

Bestimmen sie unsere Meinung?

Ein Interview von Berit Christoffers (»Offene Worte« Barnim) mit Harald Petzold, Bundestagsabgeordneter der LINKEN und medienpolitischer Sprecher, über elektronische »robots«, inzwischen Social Bots genannt. Hinter ihnen verbergen sich automatisierte Programme, die sich im Internet mit authentisch wirkenden Nutzungsprofilen zu Wort melden.

Was sind Social Bots?

Social Bots sind Computerprogramme, die darauf ausgerichtet sind, selbstständig die öffentliche Meinung in sozialen Netzwerken zu beeinflussen oder Schadsoftware zu verbreiten. Diese Programme legen gefälschte Nutzerprofile an und können Beiträge echter NutzerInnen kommentieren oder eigene Nachrichten verfassen und »liken«. Dabei imitieren sie, je nach Qualität ihres Codes, das Verhalten menschlicher NutzerInnen und können daher auf den ersten Blick meist nicht als solche erkannt werden.

Können normale Nutzer sie erkennen?

Die Spannweite der technischen Qualität der Social Bots ist sehr groß. Während manche Freundschaftsanfrage auf Facebook durch Fake-Profilen von kritischen NutzerInnen als Betrugsversuch enttarnt werden kann, verfügen ausgefeilte Bot-Programme über durchaus perfide Taktiken. »Clever« Bots sind zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten aktiv und folgen sich beispielsweise bei Twitter gegenseitig. So wird ein lebendiges Netzwerk vorgefälscht. Zum Teil analysieren sie NutzerInnenprofile natürlicher Personen und passen sich diesen an, um authentischer zu wirken. Derartige Bots können nur durch spezielle Verfahren als solche erkannt werden. Problematisch ist zudem, dass es nahezu unmöglich ist, die Verantwortlichen solcher Bot-Netzwerke ausfindig zu machen.

Gehen wir zu sorglos mit ihnen um?

Noch sind Social Bots nicht dazu fähig, gezielt Meinungen zu manipulieren oder inhaltlich den Ton anzugeben. Aber sie sind eine Gefahr für die Gesprächskultur im Netz. Die extremen Äußerungen, die zum Teil von Social Bots getätigt werden, können Diskussionen emotional aufladen und konstruktiven Austausch erschweren. Eine Vergiftung des Diskurses ist die Folge.

Haben Social Bots in Deutschland bereits Stimmung für oder gegen etwas gemacht?

Leider gibt es ziemlich deutliche Hinweise



Foto: Pixabay

darauf, dass in der aktuellen Geflüchteten-Debatte mithilfe von Bots Hassnachrichten auf Twitter verbreitet wurden.

Noch vor der Wahl des US-Präsidenten untersuchten Forscher der Universität Oxford die Pro-Clinton bzw. Pro-Trump-Tweets nach der ersten Fernsehdebatte der beiden Kandidaten. Danach wurden etwa 20 Prozent für Clinton und ein Drittel für Trump durch Social Bots ausgelöst. Das Stimmungsbild wurde damit verzerrt. Haben wir solche Verzerrungen auch zur Bundestagswahl zu erwarten?

Da diese Versuche bereits jetzt stattfinden, müssen wir befürchten, dass Social Bots auch im Bundestagswahlkampf eingesetzt werden, sofern nicht Wege gefunden werden, dieser Tendenz entgegenzuwirken.

Welchen Umgang stellen Sie sich mit Social Bots vor?

Die Möglichkeiten zur Erkennung in Deutschland sollten ausgebaut werden. Ferner muss eine Sensibilisierung für das Thema auf allen Ebenen der Gesellschaft stattfinden. Außerdem sollten soziale Netzwerke sich verstärkt um die Aushebung von Bot-Netzwerken bemühen. Zuletzt sollte man sich mit der Frage beschäftigen, unter welchen Voraussetzungen die Nutzung von Bots unter Strafe gestellt werden kann.

Sehen LINKE Social Bots mit anderen Augen als Vertreterinnen und Vertreter anderer politischer Richtungen?

Glücklicherweise haben sich auch die anderen demokratischen Parteien bereit erklärt, auf die Verwendung derartiger manipulativer Mittel zu verzichten. Nur die AfD lässt dies offen bzw. ihr Dementi klingt sehr unglaubwürdig. Das verändert aber nicht meine ablehnende Haltung gegenüber Social Bots. Für eine derartige Position werde ich auch in der LINKEN werben.

Kommentar

Fachkräfte gesucht

Immer mehr Firmen und Unternehmen beklagen einen akuten Fachkräftemangel. War es noch vor gar nicht allzu langer Zeit hauptsächlich die Pflegebranche, die darüber klagte, sind es heute auch viele Handwerksbetriebe, mittelständische Unternehmen und jetzt noch die öffentliche Verwaltung, die über Personalnot jammern. Aber, und diese Frage müssen sich die Verantwortlichen gefallen lassen, ist diese Problematik nicht hausgemacht? Bereits vor einigen Jahren wurde (auch durch mich) vor dem Abi-Boom und dessen Auswirkungen gewarnt. Gab und gibt es doch die Meinung, »wenn du kein Abitur hast, wirst du im Leben keinen Erfolg haben«. Dass diese Meinung irrsinnig ist, beweisen viele Handwerksmeister und Kleinunternehmer. Die andere Seite ist, dass Unis die massiven Wissenslücken der Abiturienten beklagen und dadurch der Eindruck entsteht, alle müssen durchgeschleust werden.

Vor Jahren habe ich einmal die Frage gestellt, wer denn zukünftig die Autos reparieren, die Heizung einbauen oder die Wohnung renovieren soll? Die Antwort, dass man auch mit Abitur Maler oder Heizungsbauer werden kann, verführte mich zu einem Grinsen. Wie weltfremd muss man sein, um anzunehmen, dass man seinen Bildungsabschluss nicht nutzt? Spricht man mit Abiturienten, so ist die Antwort - »ich habe doch kein Abi gemacht, um mir die Hände schmutzig zu machen« - nur das Geringste. Selbst in Bezug auf Verwaltungsberufe sagen diese jungen Leute, »ehe ich eine Berufsausbildung mache, werde ich studieren, um Karriere zu machen. Für die Berufsausbildung hätte ich mir drei Jahre sparen können, also drei Jahre eher Geld verdient.«

Auch wenn die Bundesagentur für Arbeit von keinem flächendeckenden Fachkräftemangel spricht, sagen Wirtschaftsunternehmen, dass dieser in bestimmten Branchen schon akut sei. Beispielsweise bei Gesundheits- und Pflegeberufen bleiben freie Stellen im Bundesdurchschnitt 162 Tage unbesetzt. Aber auch die Politik trägt hierbei eine große Verantwortung. Wenn beispielsweise ein Handwerksbetrieb einen jugendlichen Flüchtling ausbilden möchte, der nur »geduldet« ist, also nicht weiß, ob dieser seine Ausbildung auch abschließen und danach weiter bei ihm arbeiten kann, dann doch von der Ausbildung Abstand nimmt, kann man ihm das nicht verübeln.

hjm

LINKE streiten für Rentengerechtigkeit

Die Renten sind sicher, so tönte einst Norbert Blüm

Am Donnerstag, den 20. April, trafen sich etwa 30 GenossInnen und BürgerInnen im Neuruppiner Tempelgarten mit unserer Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann und der Beraterin für Ost-Rentenfragen unserer Bundestagsfraktion, Martina Bunge, zu einer Gesprächsrunde.

Nach der Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Neuruppiner Stadtverbandes Joachim Behringer und einer Einleitung von Kirsten Tackmann sprach Martina Bunge in einem sehr beachtenswerten Vortrag über die aktuellen Rentenprobleme. Hierbei zeigte sie anschaulich auf, dass nur DIE LINKE,

neben einigen Abgeordneten der Grünen, eine Rentenpolitik verfolgt, die die Gerechtigkeitslücke gegenüber den Ost-Rentnern, also ehemaligen DDR-Bürgern, schließen will.

Die gegenwärtige und die vergangenen Bundesregierungen, also mit CDU/CSU-, SPD- und FDP-Beteiligung, haben dieses Problem stets ignoriert, auch wenn sie oft Absichtserklärungen in den Koalitionsverträgen formuliert hatten.

Fehler bei Vereinigung nicht revidiert

Als 1990 der Einigungsvertrag geschlossen wurde, galt es auch, das Rentensystem

der DDR, welches aus Sozialversicherung, Freiwilliger Zusatzrentenversicherung, 27 Zusatzversorgungssystemen und 4 Sonderversorgungssystemen bestand, in das bundesdeutsche System, welches ganz anders aufgebaut ist, zu überführen. Dass dabei gravierende Fehler gemacht wurden, war nicht nur dem Zeitdruck geschuldet. Dass aber die jeweiligen Regierungen nicht gewillt waren, diese Fehler zu korrigieren, die Tausende ehemalige DDR-Bürger bei der Rente benachteiligen, ist ein politischer Skandal. Oft wird nur davon gesprochen, dass es ehemalige MfS-Angehörige betrifft. Von dieser Rentenungerechtigkeit sind aber, wie Martina Bunge betonte, auch tausende Krankenschwestern, Kumpel der Braunkohle und deren Veredelung, BalletttänzerInnen, Professoren und weitere Berufsgruppen wie z.B. Ingenieure betroffen.

Rentenpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik

DDR-Regelungen zugunsten der Rentner wurden mit einem Federstrich gelöscht, da es solche Regelungen im Bundesrecht nicht gibt. Vielmehr wird die Rentenhöhe heute nach den Reallöhnen berechnet, die im Osten immer noch 25%, in einigen Branchen sogar 30% unter denen im Westen liegen. Deshalb hat man eine Höherbewertung bei der Rente eingeführt. (siehe Kasten links)

Unsere Forderung: Angleichung Rentenwert (RW) Ost an den allgemeinen Rentenwert (West) unter Beibehaltung der Umrechnung (Hochwertung)	
<i>Was ist Hochwertung, wie entstehen Entgeltpunkte - in Monatsbeträgen -</i>	<i>Was geschieht bei Rentenbeginn und wie wirkt der Rentenwert Ost?</i>
beide Personen gleiche Tätigkeit → Lohn/Gehalt (fiktives Bsp.)	
West: 1.000 €	Ost: 870 €
gewichtet am Durchschnitt (West): 1.000 €	Multiplikation aller Entgeltpunkte mit aktuellem RW seit 1.7.2016
1 Entgeltpunkt	West: 30,45 €
0,87 Entgeltpunkte	Ost: 28,66 €
Höherwertung Osteinkommen: im Bsp. mit Faktor 1,15	also bspw. bei 45 Entgeltpunkten
870 € x 1,15 = 1.000 €	45 x 30,45 = 1370,25 €
gewichtet am Durchschnitt (West)	45 x 28,66 = 1289,70 €
1 Entgeltpunkt → Gleichbehandlung	Diff.: 80,55 € → für gleiche Arbeitsleistung weniger
	→ Ungleichbehandlung → muss beseitigt werden - ohne Hochwertung abzuschaffen!
<i>(Quelle: Martina Bunge, 29.06.2016)</i>	

Kalenderblatt

150 Jahre Kapital

Das Kapital ist eines der Hauptwerke, wenn nicht sogar das Hauptwerk, von Karl Marx. Anders als das kommunistische Manifest ist es kein Aufruf zur Revolution, sondern eine umfangreiche, systematische und detaillierte Analyse und Kritik der kapitalistischen Gesellschaft (darum auch der Untertitel »Kritik der politischen Ökonomie«) mit weitreichenden Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung und die Geschichte, besonders die des 20. Jahrhunderts.

Das Werk kritisiert grundsätzlich die kapitalistische Produktionsweise. Der Arbeiter muss, da er nicht im Besitz von Produktionsmitteln ist, seine Arbeitskraft verkaufen, und zwar an den Kapitalisten, der die

Maschinen und andere Produktionsmittel besitzt. Der Kapitalist wiederum will seine Waren nicht verkaufen, um andere Waren erwerben zu können, sondern um sein Geld zu vermehren.

Dieser kapitalistische Akkumulationsprozess (Akkumulation=Anhäufung) steht im Mittelpunkt der Kritik von Marx. Seiner Meinung nach hat Akkumulation zwei Seiten: auf der einen Seite immer mehr Kapital in den Händen der Kapitalisten, auf der anderen Seite der Arbeiter mit immer mehr Elend. Gerade dies hält aber den Kapitalismus am Laufen, da dadurch die Lohnarbeiter stets ökonomisch gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu deren Bedingungen verkaufen zu müssen. Karl Marx stellt dabei aber auch klar, dass dies von Menschen gemachte Verhältnisse sind.

Am 5. Mai 2017 hätte Karl Marx seinen 199. Geburtstag gefeiert.

Zusammenfassend stellte Martina Bunge fest, dass der Gesetzgeber jederzeit Regelungen zur Verbesserung der Rente erlassen kann. Getreu dem Grundsatz, dass Rente als Alterssicherung weiter den Lebensstandard sichern soll, besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Die OECD hat festgestellt, dass Deutschland das ungerechteste Rentenrecht der ganzen Welt hat. Dies gilt es dringend zu ändern. Deshalb fordern sowohl Kirsten Tackmann als auch Martina Bunge alle Bürger auf, bei der anstehenden Bundestagswahl die Kandidaten vor Ort auch an ihrer Einstellung zur Rentenpolitik zu beurteilen.

Im Anschluss kam es zu einer interessanten Diskussion der Teilnehmer mit Kirsten und Martina. Den Organisatoren der Veranstaltung gebührt großer Dank.

Bundestagsreport

Lektion lernen, Risiken endlich minimieren



Ist Stallpflicht die einzige Lösung?

Foto: Pixabay

Auch in Brandenburg konnte in den vergangenen Wochen die Stallpflicht aufgehoben werden. Dennoch ist der aktuelle Vogelgrippe-Seuchenzug der schwerste bisher dokumentierte. Seit November 2016 starben 620.000 Tiere. In 28 bzw. 66 Geflügelhaltungen kam es 2016 bzw. 2017 zum Ausbruch dieser Tierseuche. Mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Verlusten und Tierschutzkonflikten.

Deshalb setzte die Bundestagsfraktion der LINKEN das Thema abermals auf die Tagesordnung des Fachausschusses, um sich von Prof. Franz Conraths, Vizepräsident des Bundesforschungsinstituts für Tiergesundheit Friedrich Loeffler (FLI), über die aktuellen Kenntnisse informieren zu lassen. Es ging um Einschleppungs-

sachen, Verbreitungsrisiken und Schlussfolgerungen aus den Analysen.

DIE LINKE nutzte die Gelegenheit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl des FLI als auch der Vollzugsbehörden im Land und den Kommunen zu danken, die eine sehr hohe Arbeitsbelastung zu bewältigen haben.

Als wissenschaftlich erwiesen gilt, dass die Einschleppung der aus Südostasien stammenden Virusvariante auch dieses Mal über Zugvögel erfolgte, aber vor Ort vor allem konsequente Bio-Sicherheitsmaßnahmen über das Infektionsrisiko im Bestand entscheiden. Deshalb müssen zum Beispiel dringend Bauvorschriften geprüft werden. Bestätigt wurde zudem, dass in Regionen mit hohen Tierdich-

ten und bei sehr großen Tierhaltungen notwendige Bekämpfungsmaßnahmen besonders ethisch und volkswirtschaftlich bedenkliche Folgen haben. Deshalb müssen zwingend solche Risiko-Strukturen identifiziert und korrigiert werden. Das fordert DIE LINKE schon lange und will Tierdichten in den Regionen und Bestandsgrößen am Standort deckeln. Nutztierbestände sollen sich an der Versorgungssicherung orientieren und an regionalen Stoffkreisläufen, d.h. an verfügbaren Flächen für die Futtermittelerzeugung und an der regionalen Verwendung von Gülle oder Mist zur Düngung. Um das zu erreichen, muss aber aus Sicht der LINKEN zwingend das System des Preisdiktats der Verarbeitungs- und Handelskonzerne gegenüber den Erzeugerbetrieben beendet werden, denn nur so können sowohl faire Erzeuger- als auch bezahlbare Lebensmittelpreise gesichert werden.

Da die Stallpflicht vor allem bei privaten Haltungen, insbesondere von Wassergeflügel, oder auch Straußenhaltungen, Zoos und Tierparks teilweise schwerwiegende Tierschutzprobleme mit sich bringt, fragten wir das FLI nach Entscheidungsspielräumen. Es wurde fest zugesagt, dass die Erfahrungen in Nachbarländern, in denen keine Stallpflicht für Kleinstbetriebe galt, geprüft werden. Angemessene, aber auch konsequent durchgesetzte Entscheidungen der Behörden sind Grundlage des Vertrauens in ihr Handeln.

Die Hauptbotschaft war, dass in den meisten Fällen ein Missachten von Bio-Sicherheitsvorschriften nachweisbar war. Hier darf Fahrlässigkeit keinesfalls geduldet werden. Aus Verantwortung für die eigenen Tiere, aber auch für die Geflügelhaltungen in der Nachbarschaft.

Kirsten Tackmann, MdB

AG nun mit Doppelspitze



Lea Techert und Georg Albrecht Foto: DIE LINKE. OPR

Am 30. April hat die AG Junge GenossInnen ihren neuen Vorstand gewählt. Vorsitzende sind Lea Techert (Alt Ruppin) und Georg Albrecht (Holzhausen), David Holcke (Storbeck) wurde als Geschäftsführer bestätigt.

Die neuen Vorsitzenden versicherten, die politische Arbeit im Kreisverband weiterhin zu unterstützen sowie eigene jugendpolitische Aktionen und Veranstaltungen durchzuführen.

Der bisherige Vorsitzende Justin König hatte nicht wieder kandidiert, da er im Februar zum Geschäftsführer des Kreisverbandes gewählt wurde.

Kurz berichtet

Neu im Seniorenbeirat

Auf der letzten Neuruppiner Stadtverordnetenversammlung wurden Heidemarie Petruschke aus Karwe, bis Ende 2016 Stadtverordnete in der Fraktion der LINKEN, und Joachim Behringer (Stadtverordneter der LINKEN) als Mitglied im Seniorenbeirat der Stadt bestätigt.

DIE LINKE. Brandenburg im Dialog

Fortsetzung von Seite 1

des Gerichtsstandortes Neuruppin sei ein Gerücht. Er stellte eine deutliche Versachlichung der Diskussion zur Reform fest und dankte den Kreisverbänden für die kritische und konstruktive Begleitung des Reformvorhabens.

Zur Altanschließerproblematik in den Wasser- und Abwasserverbänden wurde gesagt, dass es unterstützende Maßnahmen der Landesregierung für die Verbände gibt. Dafür stehen 250 Mill. Euro bereit.

Sozial. Gerecht. Für Alle - konkret!

Fortsetzung von Seite 1

wir die unteren und mittleren Einkommen entlasten: der Freibetrag wird auf 12.600 Euro im Jahr erhöht. Alle, die als Alleinstehende mehr als 7.100 Euro brutto im Monat verdienen, werden entlastet. Der Spitzensteuersatz wird wieder auf 53% angehoben - für den Teil des Einkommens, der oberhalb von 70.000 Euro liegt. Und für jeden Euro ab der ersten Million jährliches Einkommen sind 75 Prozent Steuern mehr als gerecht.

Gute Arbeit und soziale Garantien für alle

Wir kämpfen für 12 Euro Mindestlohn und eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ohne Sanktionen. Das soll dafür sorgen, dass der wichtigste Artikel des Grundgesetzes mit Leben gefüllt wird: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die sachgrundlosen Befristungen und die Leiharbeit müssen beendet und dem Missbrauch von Werkverträgen ein Riegel vorgeschoben werden. Wir setzen auf kürzere Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der Arbeit. Wir wollen soziale Sicherheit für alle Menschen in unserem Land.

Gute Renten und Gerechtigkeit in Ost und West

Statt Armutsrenten braucht es eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro. Das Rentenniveau wollen wir erhöhen und die Ostrenten sofort angleichen. Zeiten im Niedriglohn wollen wir aufwerten. Mit unserem Rentenkonzept hat eine Durchschnittsverdienerin mit einem Bruttolohn von 1.940 später monatlich rund 270 Euro mehr Rente.

Kerstin Zillmann aus Wittstock sprach unter anderem die Notwendigkeit einer besseren Finanzierung der Gedenkstättenfahrten von Schulklassen an. Da zeichnet sich aber schon eine Lösung ab, weil ein neues Gesetz zur Gedenkstättenkultur in Arbeit ist.

Weshalb linke Politik so schlecht in die Öffentlichkeit transportiert wird, wollte Karl-Heinz Schindler aus Alt Ruppin wissen. Bei der Beantwortung der Frage zeigte sich auch etwas Ratlosigkeit.

Mieten senken - Wohnen für alle Menschen bezahlbar machen

In Gebieten, in denen Mieten stark gestiegen sind, müssen sie auf eine Obergrenze von 8,50 Euro gekappt und Mieterhöhungen ausgeschlossen werden. 250.000 neue Wohnungen im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau sollen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum für Geringverdienende und Familien sichern.

Sicher ist, dass die elektronischen Kanäle, wie Facebook, Twitter und YouTube jetzt besser genutzt werden. In den zentralen Zeitungen und im Fernsehen kommen wir aber häufig nur mit Problemen vor und nicht mit unserer Arbeit. Auch deshalb sind Regionalkonferenzen wichtig, weil wenigstens lokale Medien darüber berichten würden. Wie viele andere Veranstaltungen der LINKEN wurde auch diese Konferenz als Livestream im Internet übertragen.

Hartmut Buschke, Wusterhausen

und -kosten übernehmen und zur Vollversicherung werden. Wir sorgen für bessere Löhne in der Pflege und für 160.000 neue Stellen in den Krankenhäusern.

Kinderarmut bekämpfen, kostenfreie Bildung für alle

Wir wollen das Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und eine Kindergrundsicherung von 564 Euro für alle Kinder und Jugendlichen, solange die Infrastruktur für Kinder mangelhaft ist. Die Fahrt in Bussen und Bahnen sollte für alle Kinder frei sein, und es muss ein kostenloses, warmes und gesundes Mittagessen in allen Kitas und Schulen geben.

Wir stehen als Partei des Friedens gegen Aufrüstung und Krieg

Wir wollen Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden, Waffenexporte unterbinden und Fluchtursachen bekämpfen. Statt Milliarden für die Aufrüstung: mehr Mittel für Entwicklungshilfe und zivile Konfliktlösungen. Zu sozialer Sicherheit gehört auch der Schutz vor Terror und Gewalt. Wir wollen fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA. Wir stehen für eine sozial gerechte Energiewende und konsequenten Klimaschutz. Wir wollen ein friedliches Europa für die Menschen, statt eine EU der Abschottung und Aufrüstung, der unsozialen Politik und des Rechtspopulismus. Wir verteidigen das Asylrecht und zeigen den Rechten die Rote Karte!

»Die Zukunft, für die wir kämpfen. Sozial. Gerecht. Für alle«, ist der Titel unseres Wahlprogramms. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass keine Partei an den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit vorbei kommt. Je stärker DIE LINKE wird, desto eher müssen diejenigen, die nur von Gerechtigkeit reden, ihren Worten folgen lassen.

Gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen – das ist unser Auftrag. Solange die da oben reicher werden und die da unten ärmer, solange das Leben unerträglich wird durch die Sorgen unten und die Sorglosigkeit oben, werden wir weitermachen. Am besten mit Dir an unserer Seite!

Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten!

DIE LINKE.

www.dielinke-dresden.de

Zwei-Klassensystem bei Gesundheit und Pflege überwinden

Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung schaffen, in die alle mit allen Einkommen einzahlen. Arbeitgeber und Beschäftigte zahlen wieder paritätisch ein. Der Beitragssatz sinkt auf unter 12%. Wir streichen die Zuzahlungen für Medikamente, Zahnersatz und Brillen. Die Pflegeversicherung muss alle Pflegeleistungen

Ist Putin an allem schuld? (Folge 7)

Cui bono? - Wem nützt es?

Man macht kein Geheimnis mehr daraus, dass sogenannte Nationale Kräfte, aktive Kämpfer und deren Gruppenführer auf dem Maidan finanziell weitaus besser gestellt waren, als es in einer geregelten normalen Arbeit möglich gewesen wäre. Unter diesen besonderen Bedingungen organisierten sich neben Bürger, die die Aufgabe der Massen nicht durchschauten, gern auch nationalistische und gewaltbereite faschistisch motivierte Kräfte, die den Ton angaben und die Aktivitäten auftragsgemäß steuerten.

Wir erinnern uns an die Aussage des amerikanischen Präsidenten Franklin Roosevelt am Anfang der Artikelserie. Er sagte sinngemäß: »In der Politik gibt es nichts Plötzliches, nichts Unvorhersehendes, denn alles ist gewollt und von langer Hand geplant«.

Nachdem die Lage auf dem Maidan durch, leider immer noch nicht identifizierbare, aber politisch festgelegte Scharfschützen und vermehrten Mord auf die Spitze getrieben wurde, hatten die staatlichen Ordnungskräfte nicht mehr die Möglichkeit, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen.

Man sollte sich immer fragen, wem nützt es? Für die »Main Stream Medien«, die bis dahin - wie in Einheit programmiert - nur meinungsbildende Bilder und Kommentare abgaben, aber keine Nachrichten mitteilten, war auch dieses Mal die Meinung klar: Putin ist schuld, und es wird gleich eine einleuchtende Begründung mitgeliefert: Weil er den »Russensfreundlichen Präsidenten Janukowitsch« unterstützt und ihn damit auch erpresst.

Am 20. und 21. Februar 2014 fanden Gespräche des Präsidenten im Beisein der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens, mit der Opposition, auch mit Aktivisten des Maidan, zur Eindämmung der Gewalt und zur Lösung dieser nicht mehr zu überschaubaren Situation, statt. Im Ergebnis wurden eine gemeinsame Vereinbarung zur Gewalteinämmung unterzeichnet, und auch vorgezogene Präsidentenwahlen noch in 2014 vereinbart.

Gewalt nimmt zu

Aber zunehmende Gewalt und offene konkrete Morddrohungen, auch in der Zeit der Gespräche, gegenüber dem amtierenden Präsidenten, veranlassten Janukowitsch, sich noch in der Nacht des 21. Februar in Sicherheit, in seine Wahlhochburg, nach Charkow zu begeben. Man kann sich auch fragen, warum waren die europäischen Außenminister bei diesen Verhandlungen dabei und welche Rolle spielten sie, wenn doch Vereinbarungen, trotz »europäischer Autoritäten«, nichts gelten?

Nach der unrechtmäßigen Absetzung als Präsident am 22. Februar durch die Rada durch eine einfache Mehrheit, notwendig wäre eine Mehrheit von 2/3 der Stimmen, verbarg sich Janukowitsch auf der Krim, um sein Leben zu retten. Ein von der Mehrheit der Ukrainer frei



Foto: Pixabay

und demokratisch mehrheitlich gewählter Präsident wurde gestürzt. Der von langer Hand geplante Regierungs-Putsch war gelungen. Die Drahtzieher des Putsches sollten sich aber nach Völkerrecht fragen lassen, wie sie das politisch angerichtete Chaos und die vielen Toten rechtfertigen und verantworten wollen? Es gibt internationale Gerichte. Es ist eigenartig, es wird in der Polit-Lobby Europas und in den USA sowie in den so freien Medien nicht danach gefragt, warum?

In der Ukraine und in den hiesigen Medien wurde sofort der russische Präsident, Herr Putin, für die entstandene Situation verantwortlich gemacht. Die Folge war ein erhöhter ukrainischer Nationalismus und in allen Medien eine feindselige, gefährliche Russophobie, die, aus heutiger Zeit betrachtet, die politische Szene in Europa und den USA immer stärker bestimmte.

(wird fortgesetzt)

Karl-Heinz Schindler



Peter Kaping sorgt für ausgelassene Stimmung

Foto: Andreas Bergmann

1. Mai in Wittstock

Zum politischen Frühschoppen hatte der Regionalverband der LINKEN in den Innenhof der Galerie eingeladen - und er fand große Resonanz mit über 50 Besuchern. An den Biertischen wurde rege über aktuelle Wittstocker Themen diskutiert, wie zum Beispiel über die Vorbereitung der LAGA 2019, den Kauf und die Nachnutzung der alten Tuchfabrik, den anstehenden Bundestagswahlkampf, den umstrittenen Auftritt der AfD in Wittstock und vieles andere. Bei gutem Wetter war bei der hervorragenden musikalischen Begleitung durch Peter Kaping auch die Stimmung prima. So wird auch für das nächste Jahr wieder ein politischer Frühschoppen zum 1. Mai ins Auge gefasst.

Andreas Bergmann, Wittstock

Ein interessantes Programm

Diese Frau hat Mut. In einer Stadt, in der musikalische, literarische, bildnerische und museale Höhepunkte zu Hause sind, die geprägt ist nicht nur durch landschaftliche und architektonische Schönheit, auch durch Kureinrichtungen, kleine und mittlere Betriebe, berühmte und weit bekannte Kulturstätten und Kulturereignisse - hier eine Art politisches Kabarett und kleine Bühne für Klangkunst der Gegenwart zu organisieren, dazu gehört Mut.

Das Frühlingsprogramm (unten in Kurzfassung), was die Schauspielerin und Kabarettistin Jane Zahn als »Chefin« zwischen 8. April und 23. Juni 2017 in der neuen Musikbrennerei Rheinsberg anbietet, ist ganz anders als Kammeroper, Musikakademie, Orgelkonzerte und Schlossführungen oder Kunst-, Handwerker- und Töpfermarkt und eben anders als anspruchsvolle Ausstellungen - und will auch ganz anders sein.

Noch haben es viele Rheinsberger offenbar noch nicht »angenommen«. An manchen Abenden ist es an den Besucherzahlen zu merken... Zur Kenntnis genommen wurde aber bestimmt: Was aus der ehemaligen Schnapsbrennerei geworden ist. Ein kleiner Theatersaal in rustikaler Gestaltung und ansehnlicher Bestuhlung, ein anschließender gastlicher Raum, wo die Chefin höchstselbst Sekt, Saft, Wasser als »Pausenversorgung« kredenzt, und ihre Schmalzstullen haben sich mittlerweile auch herumgesprochen.

Übrigens »überfiel« uns der Gedanke, diesen Artikel für unsere Zeitung zu schreiben, in der Veranstaltung am 14. April 2017 »Musik gegen das Vergessen«. Mit anschließender spontaner

Frühlingsprogramm der Musikbrennerei

Freitag, 12. Mai	Best of Gisela Oechelhaeuser
Samstag, 20. Mai Samstag, 3. Juni	Na, wie hätten Sie's gern?
Donnerstag, 25. Mai	Ernstes und Heiteres
Freitag, 9. Juni	Inder, Küche, Kirche, Mangas und andere Verzweiflungstaten
Samstag, 17. Juni	Neue Musik für Neue Instrumentenkunst
Freitag, 23. Juni	Hätten Sie mal lieber gleich gelebt

(Alle Veranstaltungen beginnen um 19.30 Uhr)

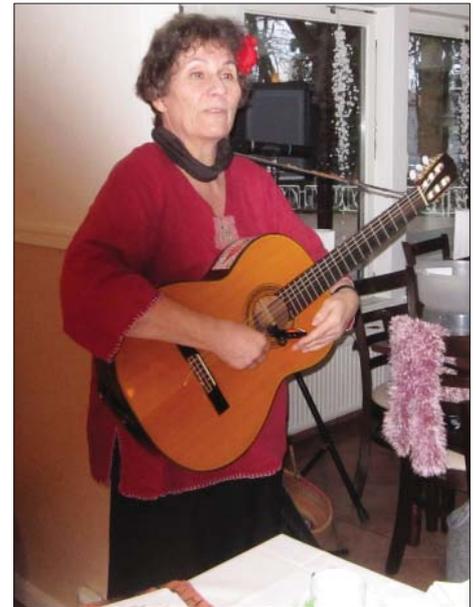
Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	05.06.	Karl-Günter Junker	Zechlinerhütte	zum	67.
Am	11.06.	Wolfgang Kretschmar	Altfriesack	zum	89.
Am	13.06.	Karl-Otto Kaschull	Wittstock	zum	74.
Am	15.06.	Marianne Timm	Kyritz	zum	84.
Am	17.06.	Marlene Knebl	Wall	zum	71.
Am	20.06.	Karola Eichmann	Wusterhausen	zum	62.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Diskussion, auch ungewöhnlich, aber interessant. Hier gestalteten der ehemalige Berufsmusiker und studierte Musikwissenschaftler Hans-Karsten Raecke und der Sänger Wilfried Staufenberg mit Musik und Liedern von Bert Brecht, Hanns Eisler, Stephan Hermlin, Reiner Müller und anderen ein aufrüttelndes, höchst aktuelles Programm gegen den Krieg - höchst aktuell angesichts der gegenwärtigen unzähligen Kriege und der Menschenvernichtung in vielen Gebieten der Erde. Die Texte vor allem schienen direkt für heute gemacht ...



Jane Zahn auf der Weihnachtsfeier der Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppın 2016
Foto: Achim Müller

Ungewöhnlich auch die »Art« der Musik: Kennen sie z.B. eine Orion-Harfe? Der Musiker hat sie aus vielen Metallteilen selbst gebaut. Erstaunliche Klänge brachte sie hervor.

Der Abend war übrigens dem Karfreitag gewidmet. Ein Tag, »der für Klage und Trauer« steht, hieß es im Programm der Veranstaltung. Und es wird die Frage gestellt: »Wie viel Hölle lassen wir künftig zu? - Trauern wir! - Klagen wir! - Gegen Verdrängung und Vergessen! Dieses Konzert tut es! Klagen wir an. Gegen Krieg, wo auch immer.«

Nach den bisherigen Veranstaltungen zu urteilen, ist diese kleine Kunstbühne (nennen wir sie einmal so), durchaus eine Bereicherung für die Rheinsberger, ihre vielen Kurgäste und nicht zuletzt die Kunst- und Musikinteressierten aus der Umgebung.

ch-

Aufgelesen

1. Mai

Warum heißt er eigentlich Maifeiertag?
Was gibt es denn zu feiern?
Maikampftag muss er heißen
Kampf gegen Entwürdigung von Arbeit
und für Mühe-lohnenswerten Lohn

Jürgen Riedel (Minden), Lyriker

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
BIC: GENODEF1NPP
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppın eG

Gedenken im Belower Wald

Am Freitag, den 21.4.2017, fand die jährliche Veranstaltung anlässlich der Befreiung des KZ Sachsenhausen mit der Auftaktveranstaltung in der Gedenkstätte des Todesmarsches im Belower Wald statt.

Zahlreiche Gäste fanden sich ein, darunter unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann, Landtagsabgeordnete aus Brandenburg und Mecklenburg, Vertreter der Botschaften aus Österreich, der Ukraine und Russland. Eine große Gruppe der französischen Amicale (Vereinigung aller ehemaligen Deportierten Frankreichs) und eine Delegation des Internationalen Sachsenhausenkomitees sowie 10 Überlebende des Todesmarsches, Vertreter der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und der Stadt Wittstock waren ebenfalls anwesend. Insgesamt konnten wir Gäste aus 7 Nationen begrüßen. Nach den Ansprachen wurden Kränze und Blumen am Mahmal niedergelegt.

Anschließend gab es die Möglichkeit, ein Zeitzeugengespräch mit Marcel Suillerot zu führen. Diese Chance, mit einem Überlebenden des Todesmarsches zu sprechen, nutzten viele der Gäste. Bei Gebäck



Foto: Bündnis »Wittstock bekennt Farbe«

und Kaffee kamen auch viele Menschen mit anderen Überlebenden ins Gespräch. Die Möglichkeit, auch in Zukunft mit ihnen zu sprechen, wird leider bald nicht mehr gegeben sein, denn die Zeitzeugen sind schon sehr alt. Ihnen und uns ist es sehr wichtig, dass sie ihre Erlebnisse schildern können.

Die nächste Veranstaltung in der Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald wird am 28.5.2017 ab 14 Uhr stattfinden. Wir zeigen einen preisgekrönten Film, der bei der Berlinale als bester Dokumentarfilm ausgezeichnet wurde. Der Dokumentarfilmer wird dabei sein und Fragen beantworten. Kaffee und Gebäck stehen bereit, und wir wünschen uns viele Gäste.

Kerstin Zillmann, Wittstock

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**
1. Montag des Monats 14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Termine (Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 24.05.17	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 31.05.17	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 01.06.17	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 01.06.17	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Dienstag, 06.06.17	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Dienstag, 06.06.17	Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Fr.-Sonntag 09.-11.06.17	2. Tagung des 5. Parteitages der LINKEN 15.-15.00 Uhr, Hannover
Montag, 12.06.17	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Mittwoch, 14.06.17	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin
V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm), Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht (ga)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: **Fr., 02.06.2017**
Erscheinungsdatum: **Mi., 14.06.2017**